



Christoph Bernstiel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Hitzige Debatte im Deutschen Bundestag zur Überführung der Stasi-Akten und die Einrichtung eines SED-Opferbeauftragten

Berlin, 19.11.2020
Bezug: Rede Deutscher Bundestag
Anlagen: Pressefoto

Christoph Bernstiel MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 71
Raum: 350
Telefon: (030) 227 75071
Fax: (030) 227 70071
christoph.bernstiel@bundestag.de

Wahlkreisbüro Halle (Saale):
Ulestraße 8
06114 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 3880879
Fax: (0345) 3881195
christoph.bernstiel.wk@bundestag.de

Stellv. Vorsitzender der Landes-
gruppe Sachsen-Anhalt der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Stiftungsratsmitglied der Bundesstif-
tung zur Aufarbeitung der SED-Dikta-
tur

Stellv. Mitglied im Kuratorium der
Bundeszentrale für politische Bildung

Der Bundestagsabgeordnete Christoph Bernstiel sprach heute in der Debatte zum „Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasiunterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung eines SED-Opferbeauftragten“ im Deutschen Bundestag. In seiner Rede erklärte Christoph Bernstiel MdB:

„Mit dem neuen Gesetz wird kein Schlussstrich gezogen. Ganz im Gegenteil, die Akten werden dauerhaft gesichert und der Zugang zu Ihnen wird künftig sogar vereinfacht.

Bedauerlich ist hingegen, dass im Gesetzestext die Rede von den Opfern des Kommunismus in Deutschland ist. Korrekterweise müssten die Opfer des Sozialismus gewürdigt werden. Diese Präzisierung war mit unserem Koalitionspartner leider nicht umsetzbar.

So etwas wie einen guten Sozialismus gibt es nicht, erklärte Christoph Bernstiel unter Protest der Fraktion Die Linke.“

Die gesamte Rede können Sie [hier](#) abrufen.

Mit der Überführung der Stasiunterlagen in die Zuständigkeit des Bundesarchivs werden die Akten als "nationales Gedächtnis" dauerhaft gesichert. Halle (Saale) wird auch weiterhin als Archivstandort erhalten bleiben und in die lokale Gedenkstättenlandschaft integriert. Zudem wird das Amt des SED-Opferbeauftragten geschaffen. Zentrale Aufgabe des SED-Opferbeauftragten wird es sein, in der Funktion als Ombudsperson für die Anliegen der Opfer der SED-Diktatur in Politik und Öffentlichkeit zu wirken.